



# NIEDERSCHRIFT

über die 40. Sitzung des Hauptausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 19.03.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:36



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Vertreterin für Herrn Morio

Rudi Eichhorn

Peter Lerch

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Hermann Demmerle

Florian Maier

Ab 17:17 Uhr

TOP 10 ö.S.

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Vertreterin für Frau Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Ab 17:19 Uhr

TOP 10 ö.S.



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Marc Siener

(Büro für Gremienarbeit)

Dr. Thorsten Sögding

(Ortsvorsteher Nußdorf)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Rolf Morio

Vertreterin: Frau Heidi Berger



Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

Vertreterin: Frau Andrea Heß



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 11 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung zu nehmen.

**Der Hauptausschuss stimmte der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Abschnittsleitung Gesundheit - Rückwirkende Anpassung  
Vorlage: 100/269/2019
3. Kooperation im Katastrophenschutz - Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 100/270/2019
4. Wahl des Beirats für Migration und Integration  
Vorlage: 100/272/2019
5. Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 100/273/2019
6. Änderung des Zerlegungsanteils zur Ermittlung der Gewerbesteuer nach Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz Gesellschaft für Beteiligungen AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung  
Vorlage: 220/032/2019
7. Mitgliedschaft der Stadt im Verwaltungsrat der Südpfalzwerkstatt gGmbH  
Vorlage: 500/044/2019
8. 21. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „AH 7 Sport- und Mehrgenerationenpark“ in der Gemarkung Arzheim;  
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/546/2019
9. Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ in Arzheim;  
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/545/2019
10. Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/548/2019



11. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauerstraße 55“; Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/547/2019
12. Bebauungsplan „MH 3, Im Frohnacker – 1.Teiländerung“ in Mörzheim;  
Erneuter Entwurfs- und Offenlagebeschluss  
Vorlage: 610/549/2019
13. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“ – Anker-/Anliegerverfahren mit Baugemeinschaften: Grundstücksoption für das Baufeld Nr. 15  
Vorlage: 610/550/2019
14. Abstufung gemäß § 38 des Landesstraßengesetzes Rheinland-Pfalz (LStrG) von Teilstrecken der Landesstraße L 510 in der Gemarkung Arzheim - mit Wirkung vom 01.01.2020  
Vorlage: 680/189/2019
15. Änderung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung (Abfallwirtschaftssatzung) aufgrund der Einführung einer Sperrabfallsammlung im Holsystem in der Stadt Landau  
Vorlage: 860/415/2019
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Vertreterinnen des AK Klimastreik brachten ihre Anliegen vor. Die Chance auf einen Stop des Klimawandels sei vor allem dann gegeben, wenn man regional und lokal tätig werde. So sollte man bei der Versorgung mit erneuerbaren Energien auf eine Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden hinarbeiten. Ein weiterer Punkt seien Windkraftanlagen außerhalb des Stadtgebietes. Zudem sollten die Dachflächen in Landau für Fotovoltaikanlagen genutzt werden. Man fordere, dass der Oberbürgermeister dies als Chefsache betrachte.

Der Vorsitzende lobte die Initiative des AK Klimastreiks und sah es als positiv an, dass die Anliegen jetzt von der Straße in das Plenum getragen werden, denn dort müsse es letztlich entschieden werden. Den Klimaschutz habe man auf der Agenda. In vielen der angesprochenen Themen sei man im Rahmen des kommunalpolitischen Spektrums bereits tätig. Man sei aber sehr am Dialog interessiert und offen für Vorschläge.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Abschnittsleitung Gesundheit -  
Rückwirkende Anpassung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. März 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat stimmt der Erhöhung der Aufwandsentschädigung rückwirkend zum  
1. Januar 2019 zu.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

**Kooperation im Katastrophenschutz - Öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen dem Landkreis Südliche Weinstraße und der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 12. März 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags zu.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Wahl des Beirats für Migration und Integration**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. März 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Die Wahl des Beirats für Migration und Integration findet am Sonntag, 27. Oktober 2019 statt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Verleihung des Ehrenringes der Stadt Landau in der Pfalz**

*Die Ratsmitglieder Dr. Bals und Silbernagel sowie Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 7. März 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat verleiht**

Herrn Dr. Thomas Bals, Hans-Boner-Straße 4, 76829 Landau in der Pfalz  
Herrn Jürgen Doll, Drosselweg 26, 76829 Landau in der Pfalz,  
Herrn Andreas Hott, Marktstraße 108, 76829 Landau in der Pfalz  
Herrn Beigeordneten Rudi Klemm, Berwartsteinstraße 7, 76829 Landau in der Pfalz  
Herrn Michael Scheid, Woogstraße 63, 76829 Landau in der Pfalz  
Herrn Jochen Silbernagel, Ulrich-von-Hutten-Straße 6, 76829 Landau in der Pfalz

den Ehrenring der Stadt Landau in der Pfalz.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### **Änderung des Zerlegungsanteils zur Ermittlung der Gewerbesteuer nach Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz Gesellschaft für Beteiligungen AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 13. Februar 2019, auf die hingewiesen wird. Es gehe um eines der wichtigsten Unternehmen am Standort Landau, das Erweiterungsbedarf habe. Man habe hier ein sehr komplexes Verfahren, weil es auch Belange des Naturschutzes betreffe. Zu entscheiden sei heute die Frage, wie künftig die Gewerbesteuer zerlegt werde.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass man sich gegen Erweiterungen in geschützte Gebiete wehre. Deshalb lehne man den Beschlussvorschlag ab, da dies eine Folge der Erweiterung sei.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 12 Ja- und 2 Nein-Stimmen nachfolgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat beschließt eine verbindliche Absichtserklärung, wonach sich die Stadt Landau in der Pfalz verpflichtet, mit Realisierung und Betriebserweiterung der Firma Michelin Finanz Gesellschaft für Beteiligungen AG & Co. OHG auf Bornheimer Gemarkung einer Zerlegung des sich ergebenden Steuermessbetrages zur Berechnung der Gewerbesteuer, wie in der Begründung dargestellt, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Mitgliedschaft der Stadt im Verwaltungsrat der Südpfalzwerkstatt gGmbH**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 8. März 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

**Die Stadt beendet ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Südpfalzwerkstatt gGmbH mit sofortiger Wirkung und fordert die Lebenshilfe als Träger der GmbH auf die Unternehmenssatzung entsprechend anzupassen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**21. Teiländerung des „Flächennutzungsplanes 2010“ der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes „AH 7 Sport- und Mehrgenerationenpark“ in der Gemarkung Arzheim; Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 19. Februar 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet im Bereich des ehem. Sportplatzes am westlichen Ortseingang von Arzheim (Gemarkung Arzheim, teilweise Flurstücke 5412 und 6624/8) wird das Verfahren zur 21. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 eingeleitet. Der Beschluss ist gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ in Arzheim;  
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet im Bereich des ehem. Sportplatzes am westlichen Ortseingang von Arzheim (Gemarkung Arzheim, innerhalb des Flurstückes 5412) wird der Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Initiative „Landau baut Zukunft“; Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ in Arzheim, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2019, auf die hingewiesen wird. Die Grundstücksverhandlungen seien erfolgreich gewesen, möglicherweise würden sich noch andere Grundstückseigentümer bis zur Stadtratssitzung anschließen.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass die Umsetzung dieser Baugebiete in den Stadtteilen der politische Wille der Ratsmehrheit sei. In diesen Neubaugebieten würde sehr wenig, aber sehr hochpreisiger Wohnraum entstehen. Im Gegensatz zur Behauptung, dass dies Wohnraum für Einheimische sei, ziehe die Neubaugebiete viele Auswärtige an. Nach seiner Auffassung müsste man es so gestalten, dass mehr Menschen die Möglichkeit hätten, dort zu wohnen. Ebenso sollte sozial geförderter Mietwohnungsbau dort möglich sein. In Arzheim gebe es zudem noch die besondere Situation, dass es dort 38 Leerstände gebe. Aus alledem lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Leerstände mit der sich in Arbeit befindlichen Sanierungssatzung beseitigt würden.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass die Leerstände in Arzheim in der Regel durch Winzer zwischengenutzt würden. Das Einheimischenmodell Sorge ja gerade dafür, dass die Bauplätze an Landauer Bürgerinnen und Bürger zugeteilt werden. Überrascht sei er, wie gut es mit dem Ankaufsmodell funktioniere. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass es außer in Dammheim noch keine Konkretisierungen gebe, wie ein Baugebiet aussehen solle. Arzheim sei eine schwierige Entwicklung gewesen. Der Ausbau der Arzheimer Hauptstraße werde eine Initialzündung für die Entwicklung eines Sanierungsgebietes sein.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass es nicht gehe nur und ausschließlich auf mehrstöckige verdichtete Bebauung zu setzen. Es gebe sehr viele Landauer, die gerne bleiben wollen. Für diese sei dies was die Grünen vorschlagen nicht akzeptabel. Die Grünen hätten hier eine ideologische Sichtweise.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass gerade dieses Gebiet auf des Messers Schneide gestanden habe. Man habe dort eine dörfliche Struktur, daher könne er die Argumente der Grünen nicht nachvollziehen. Es gebe für Arzheim noch keinen Plan, wie das Baugebiet aussehen soll. Mit dieser Ablehnung würden die Grünen die Arzheimer vor den Kopf stoßen.

Ratsmitglied Dr. Migl sprach sich für eine behutsame Entwicklung in den Stadtdörfern aus. Daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Hartmann stellte fest, dass 65 % der Wohnhäuser in Landau Einfamilienhäuser seien. Es komme ja auf die Dichte in diesem Baugebiet an. Deshalb lehne man dies ab. Die Grünen seien für eine ortsübliche Bebauung und das wäre zweieinhalbstöckig. Keiner habe etwas von Hochhäusern gesagt. Das eine sei der Preis



und das andere der Bedarf und es gebe einen Bedarf an günstigem Wohnraum in der Stadt.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man alle Bereiche der Bedarfe, die durch die Studie klar wurden, bediene. Man sei hier auf allerbestem Wege.

Ratsmitglied Maier erinnerte daran, dass man heute nur einen Aufstellungsbeschluss fasse.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass sich die Grünen nicht immer nur die Rosinen herauspicken sollten, damit es für ihre Argumentation passe.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 14 Ja- und 2 Nein-Stimmen nachfolgenden:

**Beschlussvorschlag:**

1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet südlich der Ortslage Arzheim (Flurstücke 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841 und teilweise die Flurstücke 144, 2825 und 2878; Gemarkung Arzheim) wird der Bebauungsplan „AH 6, Am Bittenweg“ aufgestellt. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der Planungsziele vorzunehmen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“;  
Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 20. Februar 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligungen eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen vom April 2018 und Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom 19. Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen zu den Entwurfsfassungen vom April 2018 und Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 6 beigefügten Synopse vom 19. Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 37, Lebensmittelmarkt Wieslauterstraße 55“ wird gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch in der Fassung vom Februar 2019 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### **Bebauungsplan „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ in Mörzheim; Erneuter Entwurfs- und Offenlagebeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Freiermuth lobte die Vorlage der Verwaltung. Hier sehe man, wie ein Baugebiet effektiv umgesetzt werde, um den dörflichen Charakter zu erhalten.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ vom Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ vom Dezember 2018 entsprechend den in der als Anlage 6 beigefügten Synopse vom Februar 2019 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der Entwurf des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ wird in der Fassung vom Februar 2019 zur erneuten Offenlage, beschlossen. Die Begründung wird gebilligt (Anlagen 1-3).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans „MH 3, Im Frohnacker – 1. Teiländerung“ in der Fassung vom Februar 2019 nach § 4 a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB erneut zu beteiligen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd„ – Anker-  
/Anliegerverfahren mit Baugemeinschaften: Grundstücksoption für das Baufeld Nr. 15**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. Februar 2019, auf die hingewiesen wird.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Die erstplatzierte Baugemeinschaftsinitiative „Auf dem Deck II“, vertreten durch Frau Brigitte Gaul, erhält eine Absichtserklärung mit Veräußerungsverzicht für eine Teilfläche des Baufelds 15 „Wohnpark Am Ebenberg“ (Anlage 1). Ziel der Optionsvereinbarung ist für das gesamte Baufeld die Ausarbeitung des baufeldumfassenden Strukturkonzepts aller Gemeinschaftsanlagen im Rahmen des Ankerprojekts und für den nördlichen Grundstücksteil die Ausarbeitung des Hochbauprojekts der Baugemeinschaft. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit von 6 Monaten, gerechnet vom Datum des heutigen Beschlusses und kann bei Erfüllung aller Vertragsinhalte um bis zu 6 Monate verlängert werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Baugemeinschaft „Auf dem Deck II“ bei der Detaillierung und weiteren Ausarbeitung des vorgelegten Strukturkonzeptes für die gemeinsame Tiefgarage und den gemeinsamen Innenhof zu unterstützen, sodass dieses als verbindliche Grundlage im Bewerbungsverfahren der Anlieger definiert werden kann.
3. Die Verwaltung/DSK wird beauftragt die Absichtserklärung (Reservierungszusage) mit Veräußerungsverzicht vorzubereiten und abzuschließen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Abstufung gemäß § 38 des Landesstraßengesetzes Rheinland-Pfalz (LStrG) von Teilstrecken der Landesstraße L 510 in der Gemarkung Arzheim - mit Wirkung vom 01.01.2020**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

**Die Verwaltung wird beauftragt, folgende bisher dem öffentlichen Verkehr als Landesstraße gewidmeten Verkehrsflächen mit Wirkung vom 01.01.2020 abzustufen:**

**Teilstrecken der Landesstraße L 510 in der Gemeinde Arzheim**

- a) zur Kreisstraße K 3  
ab Station 0,000 von Netzknoten 6814072 bis Station 0,567 nach Netzknoten 6814069 auf einer Länge von 0,567 km sowie
- b) zur Gemeindestraße  
ab Station 0,000 von Netzknoten 6814069 bis Station 0,077 nach Netzknoten 6814097 auf einer Länge von 0,077 km.

**Die Flächen und Netzknoten sind im Lageplan auf Seite 4 des beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 06.09./08.10.2018 rot und gelb gekennzeichnet.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### **Änderung der Satzung über die Abfallbewirtschaftung (Abfallwirtschaftssatzung) aufgrund der Einführung einer Sperrabfallsammlung im Holsystem in der Stadt Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 26. Februar 2019, auf die hingewiesen wird.

Ratsmitglied Lerch freute sich über diese Vorlage, die einem Antrag der CDU-Fraktion vom November 2017 entspreche. Unstrittig sei hier ein Bedarf vorhanden, der jetzt befriedigt werden könne.

Ratsmitglied Maier erklärte die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion. Er schlage aber vor, dies in ein paar Jahren nochmals zu evaluieren.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte dies gerade als Entgegenkommen an die älteren Menschen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass dies ein sehr wichtiger Beschluss sei. Diese sehr bürgerfreundliche Lösung begrüße die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion voll und ganz.

**Der Hauptausschuss nahm die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Haushalt 2019 von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion genehmigt worden sei.

Beigeordneter Klemm wies auf den Aktionstag „Saubere Stadt“ am 5. April 2019 hin und bat noch um Paten für diese Aktion.



Die Niederschrift über die 40. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 19.03.2019 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 151.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter